

Neue Vorschläge zur Schweinehaltung: Fristen und Forderungen in Oberösterreich

Neuer Vorschlag zu Schweinehaltung: Forderung nach Übergangsfrist in Stufen. ÖVP bringt zweistufiges Modell ins Spiel. Kontroverse in der Koalition. Experten und Politiker im Gespräch.
#Tierwohl #Übergangsfrist #Schweineställe



Vollspaltenböden sollen hoffentlich bald der Vergangenheit angehören. © Adobe Stock

Die Forderung nach einer Übergangsfrist in Stufen in Bezug auf unstrukturierte **Vollspaltenböden** in Schweineställen hat in der politischen Landschaft Österreichs zu kontroversen Diskussionen geführt. Dieser Vorschlag wurde nach der Aufhebung der **Übergangsfrist bis 2040** durch den Verfassungsgerichtshof im Januar (VfGH) von der Volkspartei vorgestellt. Die Volkspartei schlägt ein zweistufiges Modell vor, das eine Frist bis 2036 für Ställe, die vor 2013 errichtet wurden, und bis 2040 für Ställe, die nach 2013 gebaut wurden, vorsieht. Im Gegensatz dazu drängen die Gruppen auf eine kürzere Übergangsfrist bis 2030.

Kurze Übergangsfristen implizieren hohe finanzielle Belastungen

Die finanziellen Auswirkungen dieser Fristen sind ein zentraler Punkt der Diskussion. Laut ÖVP-Landwirtschaftssprecher **Georg Strasser** könnte jeder zusätzliche Umstellungsjahrgang für einen Bauern einen Verlust von 4.500 Euro pro Jahr bedeuten. Diese finanzielle Belastung wird von der Landwirtschaftsseite als ein wesentliches Argument für eine längere Übergangsfrist angeführt. Die Verhandlungen über ein neues Gesetz, das diese Fristen regeln soll, gestalten sich als schwierig, da es zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition kommt. **Minister Rauch** hat kürzlich die Gespräche vorläufig eingefroren, was die Verhandlungen weiter erschwert. Die Uneinigkeit zwischen den Parteien zeigt, dass die Thematik der Übergangsfristen in der Landwirtschaft ein sensibles und kontroverses Thema ist, das nicht leicht gelöst werden kann.

Franz Waldenberger kritisiert die Vorgangsweise der Gruppen

Kritik an den Gruppen und ihrem Vorschlag einer verkürzten Übergangsfrist bis 2030 kommt auch aus Oberösterreich. LK-ÖÖ-Präsident **Franz Waldenberger** äußert Unverständnis dafür, dass der Koalitionspartner höhere Haltungsstandards als Verhandlungstaktik einsetzt. Er betont, dass Österreich bereits eine führende Position in puncto Tierwohl in Europa einnimmt und dass es an der Zeit sei, dass der Gesundheitsminister die bestehenden Vorschläge, die den Anforderungen des Verfassungsgerichtshofs entsprechen, unterstützt und genehmigt.

Tierschutz hat hohe Bedeutung in der Landwirtschaft

Die Bedeutung des Tierschutzes in der agrarischen Landschaft

wird von Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger** hervorgehoben. Sie betont die Wichtigkeit des Tierhaltungspakets von 2022, das den Ausbau des **Tierwohls** vorantreibt und den schweinehaltenden Betrieben Planungssicherheit bietet. Diese Maßnahmen sind Teil eines zukunftsweisenden Prozesses, der die Weiterentwicklung der Tierhaltung und den Schutz von Tieren in den Fokus rückt.

Zukunft der Tierhaltung immer noch ungewiss

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Forderung nach einer Übergangsfrist in Stufen für unstrukturierte Vollspaltenböden in Schweineställen in Österreich zu hitzigen Diskussionen und Uneinigkeit innerhalb der Regierungsparteien führt. Die finanziellen und rechtlichen Aspekte dieser Fristen stellen die Beteiligten vor Herausforderungen, die sorgfältige Abwägung und klare Entscheidungsfindung erfordern. Die Zukunft der Tierhaltung und des Tierschutzes in der Landwirtschaft wird von diesen Diskussionen und Entscheidungen maßgeblich beeinflusst.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at